

Weißenfels-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. u.

Weltliche Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vierfachjährlich 25 M. ohne Zusage. — Einzelne Nummern 5 M. — Geschreiber: Amt Dippoldiswalde Nr. 2. Gemeindeverband: Orlowitz Nr. 3. — Postleitzahl: Dresden 12543.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die Inserations-Gebühren umfassen im Laufe des Monats 100 M. im amtlichen Teil (aus dem Beobachtungsbereich) die Seite 10 M. — Gruppenkonto: 10 M. — Reklame: 10 M.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Lehne. — Druck und Verlag: Carl Lehne in Dippoldiswalde.

Nr. 298

Sonnabend den 23. Dezember 1922

88. Jahrgang

Maul- und Klauenseuche

Ist erloschen in Hennersbach.

Die für Sperr- und Beobachtungsgebiet angeordneten Seuchensperrenmaßnahmen sowie die verhängte Tiersperre werden aufgehoben. G 35 M.

Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde, den 19. 12. 22.

Die Liste, aus der das Ergebnis der Abstimmung über die Errichtung einer Zwangssteuerung für das Maler- und Lackiererhandwerk im Bezirk der Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde ersichtlich ist, liegt in der Zeit vom 23 XII 22 bis 7 I 1923 bei dem Unterzeichneten im Dienstgebäude der Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde öffentlich aus. Einige Einpräliche innerhalb dieser Frist ebenso anzubringen. Später eingehende Einpräliche können nicht berücksichtigt werden.

Dippoldiswalde, am 20. 12. 1922. Der Kommissar Paul, Regierungsrat.

Nutzholzversteigerung auf Schmiedeberger Staatsforstrevier.

Großhaus zur Post in Schmiedeberg.

Freitag den 29. Dezember 1922 vormittags 8 Uhr: 22 w. Stämme 10/15 cm, 5590 w. Höhe 7/36 cm, 1976 w. Verbündungen und 7077 w. Reißstangen. Auftrieb und Durchforstung: Abt. 1, 2, 9, 10, 19, 34, 35, 39, 41, 42, 59, 77, 81, 123; Kahlischlag: Abt. 17.

Forstrevierverwaltung Schmiedeberg und Forstamt Tharandt.

Sitzung des Stadtverordneten-Kollegiums zu Dippoldiswalde

am 21. Dezember 1922.

Das Kollegium ist vollständig. Weiter sind erschienen der Bürgermeister und die Stadträte Gieholt und Schwind, sowie vier Büroleiter.

Vor Eintritt in die Tagesordnung macht Vorsteher Schumann die erfreuliche Mitteilung, daß abermals eine freiwillige Spende von 50 000 M. und zwar für unsere Alten, gegeben wurde. Der Betrag wurde an Stadtrat Voigt überwiesen und ist nach einem Plane, den der Schenker, der nicht genannt sein will, billigte, verteilt worden. Vorsteher Schumann nimmt Gelegenheit, auch diesem Wohltäter im Namen der städtischen Kollegen und unter Zustimmung der anwesenden Stadtvertreter herzlich zu danken, und knüpft daran die Hoffnung, daß solch edles Tun weitere Nachahmung finden möge.

In die Tagesordnung einstrelend, nimmt man Kenntnis von einem Schreiben des Gaswerkes Heidenau, das die "übliche" Gaspreiserhöhung angezeigt. Erreicht sind 56,53 M. Der Prüfungsausschuß hat 35 M. und damit einen Preis von 125 M. ab Dezember-Ablaufung zugebilligt. Gaswerksdirektor Laubmann von der Meißner Gasanstalt hat die Berechnungen des Heidenauer Werkes nachgeprüft und für richtig befunden. Es folgt, die angehörenden Gemeinden hätten durchaus keinen Grund zu Befürchtungen wegen Überverteilung. Auch hier zeigt sich, daß ein Privatwerk billiger arbeite, als eine Gasanstalt im Kommunalbetrieb. Der Vorsteher hält dem entgegen, daß andererseits beim Kommunalwerk der Überdruck der Allgemeinheit zuliefe.

Weiter nimmt man Kenntnis von einer Übersicht über Bevölkerung unserer Bürgerschulräume zu nicht direkt schulischen Zwecken.

Genehmigt wird mit Stimmenmehrheit die Erhöhung der Miete für Elektrofahrtzähler auf 50 M. monatlich (bisher 3 M.). Die Erhöhung wird begründet mit dem jährlichen hohen Preise der Zähler und mit den hohen Kosten der Revision und Instandhaltung derselben. Das Werk mache damit durchaus noch kein Geschäft. Andererseits hoffe man, infolge des etwas hoch erscheinenden Sprunges nicht bald wieder mit einer Erhöhung kommen zu müssen. In der Aussprache wird der Sprung als zu groß bezeichnet und darauf hingewiesen, daß der noch niedrigere Preis der alten Zähler ihn nicht rechtfertige. Dem wird entgegengesetzt, daß hier die Reparaturen eine Rolle spielen, die immer gleich laufende Kosten. (Anfragen in anderen Orten waren vorausgegangen.)

Einstimmig tritt das Kollegium einem Ratsbesluß bei, betreffend den Beitritt der Stadtgemeinde zum Elektroverband (Verbund der im Gemeindebereich befindlichen Gas- und Elektrofahrtzähler). Der Jahresbeitrag stellt sich gegenwärtig auf etwa 1000 Mark. Dem Verbund gehören hervorragende Fachleute an, deren Rat und Gutachten man in absehbarer Zeit in Anspruch nehmen möchte, da wichtige Fragen dieser Art auch hier die Lösung barren. B. etwaige Verwertung der Kessel- und Maschinenanlage, die Steigerung in der Stromzuführung und d. eventuelle Suchen einer anderen Stromquelle, die Umwandlung des Gaswerkes Heidenau in einen gemischtwirtschaftlichen Betrieb unter Beteiligung von Staat und Gemeinden usw.)

Weiter beschließt man die Erhöhung des Sparkassen-Hoppe-Zinsfußes ab 1. 4. 23 auf 10%. Neue Ausleihungen sollen nur noch gegen monatliche Ablösung erfolgen. Der Rat wird erneut, die Erhöhung des Einlagenzinsfußes im Auge zu behalten und zu gegebener Zeit entsprechende Vorlage zu machen.

Zustimmung findet die vorgeschlagene Erhöhung der Gebühren für den Spar- und bei der Orlowitzer Kasse. Dasselbe wird bemängelt, daß Überweisungen oft recht langer Zeit bedürfen. Der Rat möchte in dieser Beziehung bei der Zentrale in Dresden energisch vorstellen werden (was bereits geschehen ist). Während man einer-

seits den Grund darin sieht, daß der Empfänger kein Girokonto hat und erst eine Bank in Anspruch genommen werden muß, wird andererseits ein bestimmter Fall erläutert, wo nur Giroverkehr in Frage kommt. Dieser soll untersucht werden. Ausdrücklich wird festgestellt, daß die Vorwürfe die hiesige Girokasse nicht treffen.

Die Aufwandsentschädigung auf das laufende Jahr erhöht man für die Ratsmitglieder und den Stadtvorordneten-Vorsteher auf 5000 M., für die Stadtverordneten auf 3000 M. (bisher Ratsmitglieder 500, Stadtverordnete 300 M.). Für mehr als achtmaliges Feiern kommen je 50 M. in Abzug (bis achtmaliges Feiern gilt als Ferien).

Das Treffen der Ortsgruppe der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei um Überlassung eines Schulzimmers an den Mittwoch-Abenden zur Veranstaltung von Diskussionsabenden zur Weiterbildung der Mitglieder wird unter den üblichen Bedingungen einstimmig genehmigt.

Der Wasserzins wird ab 1. 1. 23 auf 10 M. pro Kubikmeter erhöht.

Kenntnis nimmt man von einer Zusammenstellung der bis zum 12. 12. erfolgten Haushaltplan-Ueberschreitungen. Viel läßt sich damit nicht anfangen, da den Nebenkosten die Mehreinnahmen nicht gegenübergestellt sind. Angeregt wird, der Finanzausfluß möge sich die Sache genauer ansehen wegen der Deckung und eventuellen Erlangung von Staatssubvention und Beihilfe aus dem Ausgleichsstock. Bei dieser Gelegenheit wird angefragt, wie weit die Bauarbeiten in der Müllerstraße gediehen seien. Diese Anfrage findet Beantwortung dahin, daß die Arbeiten in den nächsten Tagen beendet seien. Das Gebäude sei so heruntergewirtschaftet gewesen, daß sich immer neue Schäden zeigten hätten.

Die halbe Freiheit der Landesschule erfordert für Dezember eine Nachzahlung von 1583 M.; ab 1. 1. 23 sind die Kosten auf 8350 M. festgesetzt. Das Geld wird bewilligt.

Gegen das Ortsrecht zur Durchführung des Reichsmietelengelches hat man Bedenken nicht zu erheben.

Schließlich stellt man noch als Sondergabe für die Erwerbslosen (Ferienzeit 28, darunter 18, die für Angehörige zu sorgen haben) 18 000 M. bereit. Man ist sich bewußt, daß das nicht viel ist, hat aber augenblicklich nicht mehr und möchte gern vor Weihnachten noch etwas verteilen. Den betreffenden Ausschluß wird empfohlen, längere Zeit Erwerbslose der Minderbemittelten-Hilfsorge zuzuführen.

Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Örtliches und Sächsisches

Dippoldiswalde. Wie die Zeiten sich ändern. Gestern abend haben die Stadtverordneten den Wasserzins auf 10 M. erhöht. Wir haben damit gegenüber vielen anderen Gemeinden immer noch billiges Wasser. Als aber vor einigen Jahren die Schaffung eines zweiten Wasserwerkes (Langengrund-Leitung) feststehte, fand eine Gegenentwurf statt, der die Kosten auf 12 auf 15 Pf. zu erhöhen, und einmal aus den 3 Pf. einen kleinen Anteil zum Neubau anzusammeln und zum anderen einen kleinen Nebengang zu dem zu erwartenden höheren Preise zu schaffen. Wasser sollte so billig wie möglich sein, das braucht jeder und sollte sich des Preises wegen niemand einschränken. Das war die Meinung. Sogar ein Gutachten des Bezirkssatzes wurde herbeigezogen. Es sprach sich an, daß ebenfalls gegen die Erhöhung aus. Sie sei aber schließlich hinzunehmen, wenn die 3 Pf. für den Bau einer neuen Leitung aufgebracht würden. So geschah es dann. Als noch früher Stadtrat Rottmann zum ersten Male den Antrag auf Einbau von Wasserleitungen stellte, wurde dieser — so erzählte man — von den Stadtverordneten mit Entrüstung zurückgewiesen. Den Wasserverbrauch nachzumessen, hielte man für unrentlich, ja schändlich. Und heute wird das Wasser Steuerquelle, der Not gehorcht. So ändern sich die Zeiten!

Am 1. Weihnachtsfeiertag wird im Schülensaal der Turnverein "Frisch auf" einen öffentlichen Unterhaltungsabend veranstalten. Neben einer armen Zahl turnerischer Vorführungen, darunter auch ein Reigen und Gruppenstücken, steht das Programm auch musikalische, Gesangs- und humoristische Vorträge vor. Es verträgt also einen sehr unterhaltenden Abend, auf den hingewiesen sei.

Die Kunst des Schenkens. In den Weihnachtsgeschenken soll ein tieferer Sinn liegen. Sie sind mit besonderem Bedacht auszusuchen und mit Verständnis und Takt für die Lebensverhältnisse des Empfängers zu wählen. Werden die Geschenke mit Liebe und Verständnis vorbereitet, so machen sie beide Teile froh. Das Weihnachtsgeschenk, mit dem man nur eine lästige Pflicht erfüllt, und das man nur kauft, um überhaupt etwas zu geben, kann nie die Freude bereiten, die ein Weihnachtsgeschenk auslösen soll. Was Wärme erwecken soll, muß selbst Wärme ausstrahlen. Zweierlei Gesichtspunkte sind für die Auswahl der Geschenke maßgebend: wollen wir keine Freude am Schönen durch unsere Gaben auslösen, oder soll sie durch ihre Notwendigkeit willkommen sein. Praktische Gaben lassen sich oft mit wenig Mitteln erzielen. Wir brauchen nur einmal in unserer Truhe zu kramen, da finden wir noch allerlei: ein Streichen Leder, das einen kostbaren Buchrücken abtötet, ein Stück Brokat für einen Bucheinband, ein wenig Seide, die, mit einer leichten Blume bestickt und mit einer Bandurille verziert, das lieblichste Nadelkissen abtötet. Wie bunte Kästchen sie, die seit langem nutzlos daliegen, wird zu einer dekorativen Kostümtheke usw. So kann man mit etwas Geschicklichkeit kleine Niedlichkeiten schaffen, die frohe Aufnahme finden, weil man ihnen den guten Willen, zu erfreuen, anmerkt. Auf den leichten kommt es aber in jedem Falle an. Wer von diesem Moment sich leiten läßt, der hat die Kunst des Schenkens sich zu eigen gemacht und wird wahre Freude am Geben finden.

Auch in diesem Jahre beteiligen sich 20 Knaben und Mädchen der 1. Klasse unserer Bürgerschule an einem stenographischen Preisbeschreiben. Obgleich der zu übernehmende Stoff hohe Anforderungen an die Schüler stellt, so ist doch das Ergebnis als ein gutes zu bezeichnen. Es erhalten je ein Diplom nebst Sachpremie: Irmgard Legler (1. Preis), Martha Felix (2. Preis) und Waltraud Göhler (3. Preis). Ferner erhalten Lotte Kettner und Dora Beutel je ein Buch als Belohnung für gute Leistungen. Die

Preisträger werden ihre Prämien nach Schluss der Weihnachtsfeier von ihrem Lehrer ausgehändigten bekommen.

Mit Ende dieses Jahres tritt Oberlehrer Krüger, der Weltkrieg des Lehrerseminars, in den Ruhestand. Aus diesem Grunde findet diesen Sonnabend vormittag 10 Uhr in der Turnhalle eine einfache Abschiedsfeier statt.

Wegen verlusterboteter Aussicht und vergleichbarer Delikte erhielten der Gutsbesitzer Rudolf Knoblauch und dessen Ehefrau, beide aus Saaz, vom Schöffengericht Dresden je eine Million Mark Geldstrafe zugeteilt, auch wurde der Ehemann überdies noch wegen unbefugten Waffenbesitzes zu 1000 Mark Geldstrafe verurteilt. Die Ehefrau Knoblauch befand sich zur Zeit auf Weihnachten, in welcher Zeit sich beide Ehegatten die verschiedenartigsten Sachen zur Ausfahrt beschafften. Die beschlagnahmten wertvollen Gegenstände wurden eingezogen.

Unter Vorbehalt des Landgerichtsdirektors Senfert beschäftigte sich die Lebende Strafammer an vier Verhandlungstage mit der Gründung und dem Zusammenbruch des "Rekkonzerns Haller & Co.", des größten Dresdner Unternehmens dieser Art. Die Anklage richtete sich gegen die Kaufleute Georg Franz Schumann und Otto Gustav Wolfermann sowie gegen weitere acht Mitangeklagte, darunter drei Brüder und der Vater Schumann sowie der 24 Jahre alte Gärtnergehilfe Herbert Hermann Karl Haller. Von Haller, dem beschuldigten, einfachen Gärtnergehilfen, war die Fabel verbreitet, er sei der wirkliche Geldmann, der Millionär, der mit Abrechnungen hinter dem Konzern stecke. Tatsächlich bezog er nur einen ganz bescheidenen Wirkungskreis im Gewässerhaus einer Villa in Vorstadt Strehlen. Das Gericht verurteilte Schumann und Wolfermann als die beiden Hauptangeklagten, wegen gemeinschaftlichen Betrugs, gewerbsmäßigen Glücksspiels und Konkurrenzvergehen und zwar ersteren zu einem Jahr acht Monaten, letzteren zu zwei Jahren Gefängnis, beide auch zu je 600000 M. Geldstrafe, hinsichtlich zu je weiteren zwei Jahren Gefängnis. Die Untersuchungshaft kommt in Anrechnung. Von den acht übrigen Angeklagten wurden zwei zu vier resp. drei Monaten Gefängnis, die übrigen zu kleineren Geldstrafen verurteilt. Der Gärtnergehilfe Haller, der keinen Namen zu diesem größten Dresdner Konzernunternehmen hergegeben hatte, erhielt die niedrigste Strafe von 10000 M.

Wendischardsdorf. Eine Weihnachtsfreude wurde allen, bedürftigen Einwohnern bereitet, indem durch freiwillige Spenden bießiger Landwirte 3 Zentner Mehl sowie 10 Zentner Kartoffeln verteilt werden konnten.

Dönsdorf. Der Gathof "Waldbesruh" zu Dönsdorf ist seit einiger Zeit in den Besitz der Stadt Chemnitz übergegangen, die dort ein Heim für erholungsberechtigte Kinder errichtet hat. Am 19. Dezember wurde es in Begleitung der Stifterin, Frau Baronin von Rohr in Chemnitz, durch eine eindrucksvolle Feier eröffnet, bei der die Kinder, die bereits dort zur Schule gehen, durch verschiedene geführte Vorträge eine weihnachtliche Stimmung schufen.

Altenberg. Am Sonntag gelang es einem Polizeibeamten, im Rehfelder Staatsforstrevier einer vierköpfigen Schmugglerbande festzunehmen, die auf dem Landweg von Possendorf Waren der verschiedensten Art im Werte von über 1 Million Mark nach Böhmen schließen wollten. Diese wurden natürlich beschlagnahmt. Der Führer ist ein bekannter gewerbsmäßiger Waldarbeiter aus Eichwald, der sich zum Tragen mehrere Dresden mitgenommen hatte.

Göllnitz. Der Verband der Geschäftsläden von Göllnitz und Umgegend hat dem hiesigen Wohlwahlauswurf den Betrag von 144900 Mark zur Verteilung an Bedürftige der Stadt Göllnitz überwiesen.

Brieschendorf. Mittwoch hielt im Konfirmandenzimmer der Frauenverein, welcher über 30 Mitglieder zählt, seine Weihnachtsfeier. Es waren 22 Personen dazu geladen, die mit Butter, Quark, Käse, Speck, Schinken, Kaffee, Kuchen sowie Stollen und Kipfeln nebst Brot unter dem brennenden Christbaum reich bedient wurden; dazu erhielt jeder einzelne eine Weihnachtsgabe von 300 M. Die Freude war groß. Möge es dem Frauenverein vergönnt sein, auch fernerhin segnend und lebend weiter zu wirken!

Leipzig. In Zukunft werden hier sämtliche Wohnungsumsätze polizeilich überwacht werden. Bei jedem Umzug müssen der Vermieter sowohl wie der Mieter die vom Wohnungsnachweis ausgestellte Genehmigung zum Beziehen der Wohnung bei führen und auf Verlangen vorlegen können. Falls diese Ausweise den Beamten nicht vorgelegt werden können, haben die Beteiligten sofortige Sperrung bzw. Versiegelung der betreffenden Wohnung zu befürchten.

Leipzig. Der Sächsische Gastwirteverband will den wirtschaftlichen Schwierigkeiten derjenigen, die gezwungen sind, ihre Mahlzeiten in Wirtschaften einzunehmen, dadurch Rechnung tragen, daß einer Anregung des Verkehrsvereins entsprechend, in allen Gastwirtschaften der Stadt künftig Speisen auch ohne Getränke abgegeben werden.

Oberfranken. Auf ein überaus günstiges und wohl in der Jetzzeit selten dastehendes Abrechnungsergebnis kann unsere Gemeinde beim Bau eines Sechseckbaus zurückblicken. Dieses architektonisch recht würdig in Erscheinung tretende Gebäude, das in nur viermonatiger Bauzeit die Herbst entstand, schloß im Bauaufwand um die zu jener Zeit noch sehr beträchtliche Summe von 1 Million Mark niedriger ab als der vom Landeswohnungsamt im Vorbedarf in Aussicht genommene Baukostenbetrag. Die Vierzimmerwohnung mit 56 Quadratmeter Wohnfläche stellte sich auf nur 298 000 M. Das Haus wurde in eigener Regie gebaut. Das schon während der Bauzeit der Gemeinde in Aussicht gestellte günstige Ergebnis veranlaßte die, mit eigenen Mitteln nach dem gleichen System ein weiteres gleichgroßes Haus zu erstellen, das ebenfalls demnächst bezogen wird.

Limbach. Die hiesigen Mitglieder der Fleischerkinnung haben zur Steuerung der wirtschaftlichen Not in unserer Stadt, besonders für die Altershilfe, insgesamt 500 Fleischmarken im Werte von etwa 120 000 M. und Fettmarken im Gesamtwerte von 140 000 M. gespendet. Die hiesigen Bäckermeister haben beschlossen, eine größere Brotspende in Gestalt von Marken, die einen Wert von etwa 400 000 M. haben, für Unterstützungszwecke zur Verfügung zu stellen.

Löbau. Der Stadtgemeinderat beschloß, am 1. Januar in Löbau die kostenlose Totenbestattung einzuführen. Die Beerdigungsfrage für die nicht unbeträchtlichen Kosten bleibt allerdings noch offen.

Schlechte Anleiheaussichten.

„Kein Vertrauen zu Deutschland.“

Der Direktor der Morganbank Lamont hat auf dem Banquet, das die amerikanische Gesellschaft zur Förderung auswärtiger Beziehungen zu Ehren des Direktors des internationalen Arbeitsbüros Albert Thomas in Washington gab, wichtige Erklärungen über die ablehnende Haltung der amerikanischen Bankiers in der Anleihefrage gegeben. Der amerikanische Finanzmann bezeichnet die Meldungen, wonach eine Anleihe für Deutschland möglich sei, als vollkommen falsch. Weder die Morganbank noch sonst irgendeine andere amerikanische Bankgruppe seien heute in der Lage, Deutschland eine Anleihe von $1\frac{1}{2}$ Milliarden Dollar zu bewilligen. Das habe er und Morgan auch dem deutschen Botschafter gesagt. Der amerikanische Botschafter führte dann weiter aus:

„Wir sind der Ansicht, daß heute niemand Deutschlands Schuldverschreibungen kaufen wird. Wenn wir ehrliche Käufleute sein wollen, dann müssen wir auch niemand den Kauf deutscher Schuldverschreibungen empfehlen. Deutschland ist heute nicht in der Lage, das Vertrauen einzuflößen, das notwendig ist, um solche Anleihe unterzubringen. Zunächst muß nach unserer Ansicht, das Wiederstellungsproblem gelöst werden, es muß endgültig die Summe festgesetzt werden, die Deutschland zahlen soll, damit es in die Lage versetzt wird, sich seiner Verpflichtungen nach dieser Seite hin zu entledigen. Dann müßte die Inflation aufhören. Die deutsche Regierung müßte in dieser Richtung bestimmte Vorschläge machen. Die Alliierten müßten diese Vorschlagsvorschläge prüfen. Es müßte auch ein Aufkommen über die Verwaltung der deutschen Zölle getroffen werden. Dann wäre die Möglichkeit vorhanden, daß Amerika bereit wäre, Deutschland Geld zu teilen, allerdings nicht in dem Umfang, wie man heute annimmt, aber doch in einem selben Umfang, daß es Deutschland möglich würde, seine Lage zu stabilisieren.“

Die Ausführungen des amerikanischen Botschafters zeigen von neuem, daß die Herauslösung der deutschen Reparationspflicht die erste Bedingung für die Gewährung einer Anleihe an Deutschland ist.

Eine zweite Sühnenote.

Die Botschafterkonferenz noch nicht befriedigt.

Die Botschafterkonferenz hat dem deutschen Botschafter in Paris Mayer als Antwort auf die letzte deutsche Mitteilung über die Zwischenfälle in Passau und Ingolstadt einen Brief überreicht, in welchem die Konferenz feststellt, daß die deutschen Erklärungen dem Bericht der Interalliierten Kontrollkommission in bezug auf die Tatsachen widersprechen. Sie nimmt Kenntnis von der Zahlung von 1 000 000 Goldmark, die das Reich an Stelle der Städte Passau und Ingolstadt vorgenommen hat.

Im übrigen erklärt die Botschafterkonferenz, daß sie die von der deutschen Regierung vorgebrachte Entschuldigung nur unter der Bedingung annehmen könne, daß sie im Namen der Reichsregierung der bayerischen Regierung sowie der lokalen Behörden von Passau und Ingolstadt ausgesprochen werde und daß der Text der Entschuldigung offiziell in der Presse veröffentlicht werde.

Was die lokalen Sanktionen für die Städte Stettin, Posen und Ingolstadt anbetrifft, so erklärt die Note, die Botschafterkonferenz werde erst nach volliger Durchführung Genehmigung erhalten haben. Insolgedessen werde die interalliierte Militärkontrollkommission beauftragt, für den Zwischenfall von Stettin a) mitzuteilen, wohin die verantwortlichen Polizeibeamten sowie die beiden ihrer Stellung entthobenen Verbindungsoffiziere verlegt wurden, b) Verschärfung der Strafen, die die Polizeibeamten erlitten haben, und Abänderung der Begründung dieser Strafen.

Wegen des Zwischenfalls von Passau a) Abberufung des auf Grund seines Amtes als Bürgermeister mit der Leitung des Polizeidienstes betrauten Beamten, b) Mitteilung, welche Befriedung der seiner Stellung entthobene Bataillonsführer gefunden hat.

Wegen des Zwischenfalls in Ingolstadt a) Abberufung des mit der Leitung der Polizei betrauten Beamten, b) Pensionierung des Kommandanten der Munitionsanstalt.

Einigung in Lausanne.

Einlenken der Türken.

Nach wochenlangen Verhandlungen ist in Lausanne endlich eine vorläufige Einigung in der Meerengenfrage erzielt worden. Die Türken erklärten sich im Prinzip mit dem alliierten Plan über die Freiheit der Meerengen einverstanden, sie mochten aber einige Vorbehalte, die nach Erklärungen Lord Curzons in privaten Gesprächen ausgeglichen werden sollen. Offizielle Signatur über die Meerengenfrage sollen nicht mehr stattfinden. Das würde darauf hinauskommen, daß man die Russen endgültig aus den Meerengenverhandlungen ausschalten will. Die russische Delegation hat in der letzten Sitzung der Meerengenkommision das Wort nicht ergriffen.

Die türkischen Vorbehalte.

Jomet Pascha forderte vor allem das Recht auf eine türkische Garnison auf der Halbinsel Gallipoli, deren Stärke die Alliierten selbst festsetzen sollen, die Abschaffung der Stationsschiffe, die obligatorische Annahmeabfahrt der Kriegsschiffe und die Einschränkung der Befreiung der Meerengenkommision.

die sich nur mit der Kontrolle der Schifffahrt besaßen sollte. Des weiteren wünscht Jomet Pascha, daß man Griechenland keinen Vertreter in der Meerengenkommision zuläßt. Ebenso beharrte er auf seiner Aussage von der Notwendigkeit allgemeiner politischer Garantien für die Sicherheit Konstantinopels anstatt der in dem alliierten Projekt vorgesehenen Güterbundgarantie und verlangte, daß die vor dem Westeingang der Dardanellen liegenden Inseln Lemnos und Samothrake autonom werden mügeln.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 22. Dezember 1922.

— Als deutscher Gesandter in Riga soll Dr. Adolf Köster, der im Kabinett Wirth Reichskommissar und nach dem Kapp-Putsch kurze Zeit Reichsausinnminister im Kabinett Hermann Müller war, in Aussicht genommen sein.

— Der Reichskanzler hat an die Beamten-, Angestellten- und Arbeiterverbände Einladungen zu einer Aussprache ergehen lassen.

— Im badischen Landtag erhob der Präsident Wittemann unter lebhaftem Beifall des Hauses scharfen Protest gegen die französischen Annexionsbestrebungen in den besetzten Rheinlanden.

— Der bayerische Handelsminister v. Meinel hat sich auf persönliche Einladung des Reichsfinanzministers Dr. Hermes zur Teilnahme an den Besprechungen über die Reparationsfragen nach Berlin begeben.

:: Eine neue Verurteilung eines deutschen Beamten im besetzten Gebiet. Das französische Kriegsgericht in Mainz hat den Kriminalassistenten Franz Barthold von der Politischen Abteilung des Polizeipräsidiums Berlin zu $1\frac{1}{2}$ Jahren Gefängnis wegen Spionageversuchs im Sinne der Verordnung 71 der Interalliierten Rheinlandkommission verurteilt, weil er an eine fremde (!), nicht an der Rheinlandbesetzung teilnehmende Macht Nachrichten zu übermitteln versuchte, die geeignet gewesen sein sollen, die Sicherheit der Besatzungstruppen zu gefährden". Der Kriminalassistent Barthold wurde im September ds. J. von der französischen Geheimpolizei in Düsseldorf als „spionagegefährlich“ festgenommen. — Wie hierzu vor zuständiger Stelle mitgeteilt wird, hat Barthold in Auftrage seiner Behörde lediglich seinen Dienst erfüllt, und zwar lag ihm besonders die Ermittlung von Deutschen ob, die Spionage und Landesverrat zum Schaden Deutschlands betrieben haben.

:: Der amerikanische Botschafter in Hamburg. Der Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika Houghton hat auf Einladung des Hamburger Senats der Stadt Hamburg einen Besuch abgestattet. Oberbürgermeister Stolten sprach in seiner Begrüßungsrede die Hoffnung aus, es möge sich in der alten und auch in der neuen Welt die Erkenntnis durchsetzen, daß eine Gesundung des kranken Europas ohne ein gesundes und wirtschaftlich leistungsfähiges Deutschland nicht denkbar sei. Der Botschafter dankte nach dieser Ansprache dem Bürgermeister und Senat für die Einladung und den Empfang, worin er den Ausdruck der freundlichen Gefühle Hamburgs für das amerikanische Volk sah. Er wies dann auf die wichtige Stellung Hamburgs als Mittlerin des Verkehrs zwischen Europa und Amerika hin und brachte seine guten Wünsche für die Zukunft zum Ausdruck.

:: Die Wahlen zum Oberschlesischen Provinzialausschuß. Der oberschlesische Provinziallandtag hat die Wahlen zum Provinzialausschuß, der im wesentlichen das ausübende Organ für die durch die erweiterte Provinzialautonomie im Oberschlesien verliehenen Rechte ist, vorgenommen. Die Verteilung der Sitze auf die einzelnen Fraktionen regelt sich wie folgt: Rentzni sieben, Deutchnationale drei, Sozialdemokraten zwei, Polen und Kommunisten je einen. Zu Mitgliedern des preußischen Staatsrats wurden gewählt: Oberbürgermeister Dr. Stephan aus Beuthen, Generaldirektor v. Bronzynski und Staatskommissar Schwendy aus Beuthen. — Vor Eintritt in die Tagesordnung des oberschlesischen Provinziallandtages gab ein Vertreter der polnischen katholischen Partei die Erklärung ab, daß sie das Recht hätten sich hier der Unterrichtsprache zu bedienen; sie verzichteten aber darauf, um die Verhandlungen nicht zu erschweren. Sie stellten sich nach dem Ergebnis der oberschlesischen Abstimmung auf den Boden der Tatfachen und seien bereit, im Rahmen der Staatsverfassung zum Wohle der oberschlesischen Heimat zu arbeiten.

:: Die Entscheidung über die Weichselfrage. Die Botschafterkonferenz hat der Reichsregierung die endgültige Entscheidung über die zwischen Deutschland und Polen umstrittene Weichselfrage in einer Note mitgeteilt. Durch die Entscheidung wird Polen ermächtigt, den auf dem rechten Weichselufer ihm zugesprochenen 50 Meter breiten Dammschutzbereich am 20. Dezember zu besetzen. Die fünf Weichseldörfer, auf dem rechten Ufer, die ebenfalls umstritten waren, sind schon seit längerer Zeit von den Polen besetzt.

:: Der Reichskanzler an den Bischof von Speyer. Reichskanzler Dr. Gruen richtete ein Schreiben an den Bischof von Speyer, in dem es u. a. heißt: Das Schicksal des besetzten Gebietes liegt mir wie jedem Deutschen ganz besonders am Herzen. Wenn ich hoffe, daß es deutscher Treue und deutscher Arbeit gelingen wird, die schweren Zeiten zu besiegen, so redne ich damit nicht zum wenigsten auf die Seelenkräfte religiöser Kräfte und das treue Wirken des Klerus.

:: Clemenceau erklärte bei seiner Ankunft in La Haye er sei nicht für eine militärische Besetzung des Ruhrgebietes, weil er Streits fürchte.

Polen: Die Amtseinführung des neuen Staatspräsidenten.

Die feierliche Vereinigung des neu gewählten Staatspräsidenten Wojsiewolski ist in vollommener Ruhe erfolgt. Der vom Sejmarschall Mataj eingesetzte Staatspräsident wurde von der Versammlung mit großen Beifall empfangen. Auf die Frage des Sejm-Marshall, ob er das Amt des Staatspräsidenten anzunehmen gewillt sei, ant-

wortete Wojsiewolski ruhig mit Ja und stieß hierauf mit erhobener Stimme die Eidesformel nach. Dem feierlichen Akt wohnten die Abgeordneten aller Parteien einschließlich der Rechtsparteien bei. Nach der Zeremonie begab sich der neue Staatspräsident in Begleitung sämtlicher Mitglieder der Regierung zum Schloß, um der aufgebrachten Freiheit des Präsidenten Karolowicz die letzte Ehre zu erweisen.

Orland: Neue Todesurteile.

— Vier Ausführer aus Tralee sind vom Standgericht zum Tode verurteilt, weil sie Waffen und Munition in ihrem Besitz hatten. Jedoch wurde die Vollstreckung des Urteils aufgeschoben. Sollten indessen neue Überfälle der Regierungstruppen o. erneute Angriffe auf Eisenbahngleise statt finden, so wird die Todesstrafe vollstreckt werden.

Belgien: Die Mark als Spekulationsobjekt.

— Während des Krieges ist bekanntlich von den Deutschen eine Menge deutschen Geldes verausgabt worden, das die belgische Regierung nach dem Waffenstillstand wieder auf dem Markt zog. Wie die belgischen Beziehungen jetzt stehen, haben sich bei dem Eintritt des deutschen Geldes zahlreiche geschäftstüchtige belgische Spezialisten „gefunden“, gemacht, indem sie im Augenblick der Rückzahlung der Mark zum Pariser Markt nach Belgien Millionen, die leicht Milliarden Mark einführten, die sie zu 63 Centimes gekauft hatten und die wie die früher von den Deutschen in Belgien verausgabten deutschen Mark zu 1 Franc 25 Centimes angenommen worden waren. Alle Staatsanwälte Belgien beschäftigen sich augenblicklich damit, die Betrügereien aufzuspüren. In Brüssel allein werden 2700 verdächtige Fälle untersucht.

Die Berliner Reparationsbesprechungen.

— Berlin, 21. Dezbr. Morgen finden zwischen der Reichsregierung und den Parteiführern Besprechungen statt, zu denen auch Vertreter des Reichsverbandes der deutschen Industrie hinzugezogen werden.

Die Not der freien Berufe.

— Berlin, 21. Dezbr. Ein Zentrumsantrag im Reichstag erfordert die Reichsregierung, der dringendes Notlage der freien Berufe (Rechtsanwälte, Aerzte, Schriftsteller, Redakteure usw.) dadurch entgegenzuwirken, daß arbeitsfähige Angehörige der freien Berufe die eine Familie zu versorgen haben, aber aus Mangel an Arbeit, oder infolge unzureichenden Ertrages ihrer Arbeit hierzu nicht in der Lage sind, in geeignete Verwaltungsstellen statt der jetzt dort tätiger unberührten Ausbildungskräfte beschäftigt werden. Diese Beschäftigung soll erfolgen, soweit dies ohne Benachteiligung von anderwärts entbehrlich gewordenen Beamten, Waagerechte gegeben und verheirateten Ingessellten geschehen kann.

Erhöhung der Gütertarife.

Um 70 Prozent ab 1. Januar.

Die Reichsverkehrsverwaltung kündigt eine neuere Erhöhung der Gütertarife zum 1. Januar 1923 an und zwar sollen die allgemeinen Gütertarife um 70 Prozent erhöht werden, während die Tierpreise 60 Prozent betragen wird.

Zu dem gleichen Zeitpunkt sollen zur Verminderung der Erbschweren, die bei einzelnen Wirtschaftszweigen durch die prozentualen Erhöhungen der Frachten seit dem 1. Oktober dieses Jahres eingetreten sind, Tariferleichterungen durchgeführt werden. Städtegut wird um rund 17 Prozent ermäßigt. Sodann wird zwischen den Wagenladungsklassen A und B des Gütertarifschemas eine neue Wagenladungsklasse mit einer Tarifermäßigung von 15 Prozent gegenüber Klasse A ein gehoben, die Lebensmittel aller Art umfaßt, insbesondere Brot, Butter, Margarine, Schmalz, Fett und Oliven, Käse, Fische, Obst, Bier, Fleisch und Wurstwaren, Gemüse, Milch, Nudeln usw. Die bereits in niedrigere Klassen aufgenommenen Nahrungsmittel verbleiben in diesen Klassen. Endlich wird für die niedrigste Wagenladungsklasse B eine Nebenkasse B 10 eingeführt, die Verbilligungen für Gewichte unter 15 Tonnen bringt. Der am 31. ds. Monats außer Kraft tretende Kartoffelstarif für Kartoffeln wird durch einen neuen Ausnahmetarif ersetzt, der für Wagenladungseinheiten eine Fracht von nur 40 Prozent der Normalfracht vorsieht, während bei Städtegut nur das halbe Gewicht der Frachtberechnung zugrunde gelegt wird.

Das Reichsverkehrsministerium begründet die neuere Tariferhöhung mit den Einnahmeverlusten, die seit Monaten durch die billigen Nothstandstarife, besonders in Kartoffeln, und die unter den Selbstkosten bleibende Verbrauchung auf weitere Entfernung infolge der Erfahrung entstanden seien. Rund 40 Prozent aller Frachten seien billiger laufende Kohlenförderungen auf weite Entfernung. Dazu kommen die starken Ausgaben des Monats Dezember auf fachlichem und persönlichem Gebiet, die durch die Tariferhöhung vom 1. Dezember nicht gedeckt seien und deren Zunahme zu erwarten seien.

Der Stand der Mark.

	Es kostete nach den amtlichen Rotationsen der Berliner Börse am	21. 12.	20. 12.	1914
1 holländischer Gulden	2668	2648	1,67 M.	
1 deutscher Frank	458	456	0,50 "	
1 dänische Krone	1376	1346	1,12 "	
1 schwedische Krone	1905	1770	1,12 "	
1 italienische Lira	341	339	0,80 "	
1 englischer Pfund	31022	30123	20,—	
1 Dollar	6733	6670	4,20 "	
1 französischer Frank	501	498	0,80 "	
1 schweizerischer Frank	1271	1269	0,80 "	
1 tschechische Krone	199	201	—	

Gebentafel für den 23. Dezember.

1597 + Der Dichter Martin Opitz von Boberfeld in Bunzlau (* 1639) — 1810 + Der Ägyptolog Richard Lepsius in Raumburg a. d. S. (* 1844) — 1865 + Der Geolog Albert Oppel in München (* 1831) — 1870 (23. und 24. Dezember) Sieg der Deutschen über die Franzosen am Flüsschen Hallue — 1919 + Der Architekt Emanuel v. Seidl in München (* 1856) — 1921 + Der Architekt Friedrich v. Thiersch in München (* 1852).

Gebentafel für den 24. Dezember.

1524 + Der portugiesische Seefahrer Vasco da Gama auf der Fahrt nach Kotschin (* um 1469) — 1837 + Kaiserin Elisabeth von Österreich in München (* 1838) — * Der Maler Hans v. Marées in Elbersfeld (* 1887).

Aus Stadt und Land.

**** Bootswerft durch Großfeuer zerstört.** Durch ein vermutlich infolge Brandstiftung entstandenes Großfeuer auf der Bootswerft H. Voehs in Travemünde wurden die Bootsbauwerstätten, die Maschinenhäuser und der Winterlagerhafen dem Erdbeben gleichgemacht. Außerdem wurden zahlreiche Boote und Yachten, die auf der Werft in Winterquartier lagen, vernichtet, so 80 Segel- und Motorboote, die Bordausstattungen für 50 Yachten, 50 Ruderboote und 5 Yachtneubauten.

**** Kapitalflucht aus der Schweiz.** Die kürzlich in der Schweiz veranstaltete Volksabstimmung über eine allgemeine Vermögensabgabe hatte zur Folge, daß in den letzten Tagen vor der Abstimmung Schweizer Vermögen im Gesamtbetrag von etwa 5 Milliarden Franken aus Schweizer Banken gezogen und jenseits der Grenze in Sicherheit gebracht wurden. Nachdem die Kapitalabgabe niedergestimmt war, lebte am nächsten Tage bereits etwa 3 Milliarden Franken in die Heimat zurück.

**** Wölfe vor den Toren Rom.** Starke Schneefälle in den Apenninen haben eine Unzahl Wölfe aus den Bergen bis in die Nähe von Rom vordringen lassen. Sie verübt zahlreiche Räubereien in dem Viehbestande der Campagna.

**** Vor der Eisenbahnbrücke in Breslau ist ein deutscher Star aus Billiarden gebrochen 500 Tonnen Kahn mit Kohlen gelungen. Die Schifffahrt ist zurzeit noch im Gang; da aber der Kahn quer vor dem Durchfahrtstisch liegt, droht bei sinkendem Wasser eine Störung einzutreten.**

**** Raubmord eines Jugendlichen.** In Seifersdorf (Kreis Liegnitz) hat der 17jährige Karl Kühl seinen 73jährigen Großvater, den Klempnermeister Robert Langefeld, in der Wohnung überfallen und ermordet. Nach dem Mord raubte er die Vorräte des alten Mannes, stahl zwanzig Markstücke und 26 000 Mark. Als er am nächsten Tag verhaftet wurde, hatte er bei einem Tanzvergnügen bereits mehr als die Hälfte seines Raubes verbraucht.

**** Das Swinemünder Strandabaret durch Großfeuer zerstört.** Das bekannte Strandabaret und Tanzpalast „Miramare“ am Swinemünder Strand ist durch ein Großfeuer vollständig eingeebnet worden. Die Feuerwehren konnten nichts retten, so daß das gesamte wertvolle Mobiliar und auch das Mobiliar des Verwalters ein Raub der Flammen wurde. Es wird Brandstiftung vermutet. Da das Haus während des Winters geschlossen ist, waren die Räume unbewohnt.

**** Die gestohlene Weihnachtsgratifikation.** In der Wiener Speditionsfirma Jellinet hat ein Angestellter der Firma Pretzner aus einem Salet, das 115 Millionen Kronen enthielt, das Geld zu sich genommen und Papierknödel an dessen Stelle gelegt. Er ist geflüchtet. Die 115 Millionen waren als Weihnachtsgratifikation für die Beamtenwirtschaft bestimmt.

**** Die unruhige Tschechoslowakei.** Die tschechische Regierung hat für den gesamten böhmischen Teil des Böhmerwaldes angeordnet, daß alle inneren und äußeren Ausführungen der Gasträume, alle Firmenschilder, alle Fremdenbücher und alle Speisekarten bis Weihnachten an erster Stelle tschechisch sein müssen. Über diesen tschechischen Willkürkrieg herrscht in der deutschen Bevölkerung große Erregung.

**** Italienischer Zolltag in der Nordsee.** In Rom ist eine italienische Zollfahrt für den Großbetrieb des Zollhauses in der Nordsee gebildet worden. Deutschland, das angeblich bereits die Erlaubnis zu dieser Gründung erteilt haben soll, liefert 25 moderne Schiffe auf Reparationsrechnung.

**** Der Adjutant Kaiser Franz Josephs gestorben.** In Wien bei Wien ist der frühere Generaloberst Arthur Freiherr von Wolfrath im 85. Lebensjahr gestorben. Er war 27 Jahre lang Generaladjutant und Chef der Militärkanzlei des Kaisers Franz Joseph und hatte als solcher großen Einfluß.

**** Die Todeshahrt über den Sankt Lorenzstrom.** Bei Quebec versuchten vier ausländische Touristen

im Auto den Sankt Lorenzstrom zu überqueren, obwohl der Fluß noch nicht fest zugefroren war. Als sie auf dem Fluß angelangt waren, gab die schwache Eisdecke nach und das Auto brach ein. Sämtliche Insassen mußten das todkühne Wagnis mit dem Leben bezahlen.

**** Durch eine Explosion in einer Fabrik in Glasgow wurde ein Schaden von mehreren Millionen Pfund angerichtet.**

**** In Hannover brachen Geldschranknäder des Geldschrank eines Großhändlers aus und stahlen 600 000 Mark bar und drei Dollarchecks über 8 Millionen Mark.**

**** hohe Vollstrafen.** Der Schmuggel an der badisch-schweizerischen Grenze ist gegenwärtig wieder außerordentlich umfangreich. Allein von der Staatsanwaltschaft Konstanz wurden vom 15. November bis 15. Dezember über elf Millionen Mark Geldstrafen auf Waren schmuggel verhängt und für eine Million Waren beschlagnahmt. Ein Schweizer, der einen Halsfederhalter mit Goldseder schmuggeln wollte, mußte 500 000 Mark Geldstrafe zahlen. Noch höhere Vollstrafen mußte ein Italiener aus Genua zahlen, der mit vier Angehörigen in einem mit Schmuggelware beladenen Automobil am Kreuzlinger Zoll die Grenze zu überschreiten versuchte. Jeder der fünf Beteiligten wurde mit je einer Million Mark, insgesamt mit fünf Millionen Mark, Geldstrafe belegt. Die Waren wurden eingezogen. In Waldshut und Lörrach wurden gleichfalls fortlaufend große Geldstrafen für Schmuggler verhängt.

**** Freispruch vor dem Staatsgerichtshof.** Der Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik hat den Landwirt Dr. Henning von Koch aus Reutkirch, der der Beschimpfung der Regierung, begangen durch Verächtlichmachung der früheren Minister Scheidemann und Müller, beschuldigt war, freigesprochen, da die Verhandlung den Beweis einer vorsätzlichen Beschimpfung der Republik nicht erbracht habe. Die Kosten des Verfahrens wurden der Reichskasse aufgelegt. Der Anklageverteidiger hatte eine Gefängnisstrafe von 1 Monat, die in eine Geldstrafe von 60 000 Mark umzuwandeln sei, und daneben eine weitere Geldstrafe von 40 000 Mark, insgesamt also 100 000 Mark beantragt.

Schlachtfleischmarkt zu Dresden

vom 21. Dezember 1922.

Rinder: Ochsen (21), Bullen (8) und Kalben und Kühe (47) erzielten Montagspreise. — Kalber (73): beide Mast- und Sangkalber 47—49 000, 80 000 M.; mittlere Kalber 42—45 000, 79 100 M.—Schafe (24): Montagspreise. — Schweine (354): vollfleischige der feinen Rassen und der Kreuzungen im Alter bis zu 1½ Jahren 62—64 000, 80 775 M.; Fellschweine 67—68 000, 84 375 M.; fleischige 58—60 000, 78 675 M.; gering entwickelte 48—52 000, 71 450 M.; Sauen und Eber 47—55 000, 88 000 M. — Insgesamt 1187 Tiere.

Geschäftsgang: bei Kühen und Schweinen mittel. An Überstand: 13 Ochsen. — Nächster Markttag Donnerstag den 28. Dezember.

Ausnahmepreise über Notiz. Die Preise sind Marktpreise für nächstes Gewicht der Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab Stall, Frachten, Markt- und Verkaufsspeisen, Umsatzsteuer, sowie die natürlichen Gewichtsverluste ein, erheben sich also wesentlich über die Stalldpreise.

Südostisches.

Das Ministerium des Innern gibt bekannt, daß beim Landesamt für Kriegerfürsorge in Dresden eine Hauptabteilung für Schwerbeschädigte gebildet wird, die als Hauptabteilung für Schwerbeschädigte im Freistaat Sachsen zu gelten hat und im Regierungssitz Dresden auch die Einzelfürsorge für Schwerbeschädigte ausübt. Nach Bedarf können Zweigstellen errichtet werden. Der Hauptabteilung für Schwerbeschädigte Fürsorge stehen zwei Schwerbeschädigten-Ausschüsse, ein Blinden-Ausschuß und paritätische Ausschüsse für einzelne Berufsgruppen zur Seite.

In der „Sächsischen Staatszeitung“ erörtert Regierungsrat von Wilck vom Landeswohnungsamt die Ausbringung der Mittel für große Instandsetzungen an den Häusern. Die zeitliche Begrenzung des Reichsmietengesetzes mache es unmöglich, die Haushalte nur als reine Nachweilungskonten zu führen, das Geld selbst aber von einer gemeinsamen (kommunalen) Stelle verwaltet zu lassen und gleich zu verbrauchen bei den Häusern, die es am nötigsten haben. Aus demselben Grunde sei der von den Haush-

halten Mirbach hatte sich am Tore des Gebäudes von seiner Frau verabschiedet. Sie fuhr nun hinaus auf das Geweihsche Gut, um ihrem toten Schwager noch einmal in das stillle Antlitz zu sehen. Mirbach selbst wäre eigentlich gerne mit ihr gefahren und hätte der Leichenfeier beigewohnt; natürlich nicht als ein Familienzugehöriger. Er wußte es selbst ganz genau, daß er das Recht, sich einen solchen zu nennen, längst verscherzt hatte. Über es zog ihn förmlich dahin, wo Wolf war, der Mann, an dem seine Hedwig so hing. Er hätte ihn gerne beobachtet; hätte ihm am Ende gar helfen können beim Suchen nach dem Mörder.

Mörder? Mußte Werner Erweins Tod denn gerade ein Mord sein? Gab es nicht Hunderte von Spielarten des Suicids, des Suicidals, welche zwar einem Menschen das Leben kosten können, aber die doch noch lange keinen vorstößlichen Mord bedeuten. Mirbach hatte während seiner Haftzeit in Stein so vielerlei gesehen, gehört und erfahren, daß er sich über nichts mehr wunderte. Das Leben ging eben häufig in dunklen Bahnen.

Ganz in Gedanken verloren schritt er weiter. Er achtete gar nicht auf die Menschen, welche ihm begegneten. Er spann sich völlig ein in seine grübelnden Ideen.

Wie, wenn Gutta in Wahrheit nicht tot wäre? Und der lustige Heinz noch lebte, wenn auch in qualvolster Weise? Als die beiden vor Jahren so rachlos ineinander verschwanden, da hatte natürlich auch Mirbach sich manche Gedanken gemacht. Vielleicht war er, der Lebenserfahrene, er, dem die Unfehlbarkeit des Daseins nicht fremd waren, auch derjenige, welcher das schärfste Auge hätte für das seltsame Zueinanderdrängen und doch wieder Auseinanderstreben dieser beiden schönen, leichtflüchtigen Menschen. Er, Mirbach, hatte einmal selbst Herrn Werner Erwein gewarnt. Aber sein Schwager konnte so furchtbar unnahbar sein manchesmal. Er hatte sich ganz stell aufgerichtet damals und mit einem steinernen ruhigen Gesicht gesagt: „Bitte, Mirbach, mögen dich nicht in meine eigenen Angelegenheiten. Heinz ist mein Bruder und Gutta meine Frau, die Mutter meiner Kinder. Schon ein leiser Verdacht ist geradezu eine Bekleidung!“

So hatte Mirbach geschworen. Und noch

besthern befürwortete Weg des § 7 Abs. 4 des Reichsmietengesetzes (Aufristung der Mittel durch den Hausbesitzer und Verzinsung und Tilgung durch die Mieter) ungängbar, weil dann für das beschaffte Geld eine so kurze Tilgungsfrist festzusetzen wäre, daß die Mieter wegen jeder großen Reparatur um Lauende vom Hundert der Grundmiete erhöht werden müßte. Der Verfasser empfiehlt daher den Ausweg, den Ausgleichsfonds des § 7 Abs. 3, aus dem eigentlich nur Spesenbeträge gegeben werden sollen, zum Hauptfonds für die wichtigsten großen Instandhaltungsarbeiten zu machen. Dadurch würde die schwierige Kreditfrage wegfallen und die hohe Verzinsung gespart werden. Die Haushalte würden bezubehalten, um aus ihnen gewisse große Instandhaltungsarbeiten zu bestreiten. Ferner würden von den bisher als laufend betrachteten Instandhaltungsarbeiten Wachkostenreuerungen, Klosettbedienungsbeschaffung, Ofenunterschalen, und von den „großen“ Rohrbruchbefestigung, Treppenhausansicht und Erneuerung von Ebenhöfen hauptsächlich aus dem Haushalt bestreitfähig werden, sodass für den Ausgleichsfonds hauptsächlich diejenigen Arbeiten bleiben, die vom Standpunkt der Erhaltung des verfügbaren Wohnraums vorgenommen werden müssen. Diese Umstellung ist rechtlich möglich und erfordert lediglich einige Änderungen der sächsischen 1. Ausführungsverordnung. Wohl hat diese Regelung den Nachteil, daß den Gemeinden die Haupfarbeit bei einer Aufgabe zugewiesen wird, die bisher Sache des einzelnen Bürgers war, die Sorge für Erhaltung des Hauses. Das wird vielen als Nachteil gelten, weil sie meinen, daß eine Behörde nicht so sparsam wirtschaften wird, wie der durch sein eigenes Vermögen interessierte Hausbesitzer. Es hat in diesem Falle keinen Sinn, aus solchen Bedenken dem Plane Widerstand zu leisten. Die Kreditverhältnisse geleisten hier die Gemeinwirtschaft, denn der einzelne kann Privatkredit hierfür höchstens noch finden, wenn sein Haus zu den auf instand gehaltenen gehört. Nun wird man fordern, daß wenigstens solche Häuser von der gemeinwirtschaftlichen Regelung ausgenommen bleibent. Aber dann bliebe der Gemeinde nur die Sorge für die schlechtesten Häuser, die ganz besondere Opfer verlangen. Das kann man ihr billigerweise nicht zumutnen. Wer also grundsätzlich gegen die vorgeschlagene gemeinwirtschaftliche Regelung die Kreisbeschaffung für die am meisten verschlissenen Häuser denkt, die wir wegen des großen Mangels an Wohnräumen doch unmöglich räumen lassen können.

Hartlaub. Recht unerträgliche Verhältnisse haben sich zwischen dem bissigen Stadtgemeinderat und dem von den Kommunisten gebildeten sogenannten Kontrollausschuss entwickelt. Der Vorsitzende des Kontrollausschusses, Stadtverordneter Hillig, machte öffentlich bekannt, daß er keine Kontrolltätigkeit weiter ausüben werde und sich darum nicht kümmere, daß er weder vom Stadtgemeinderat noch von der sozialdemokratischen Partei als zu recht bestehend anerkannt werde. Hillig forderte außerdem den Bürgermeister auf, sich vor einer vom Kontrollausschuss geplanten Einwohnerversammlung zu rechtfertigen. Bürgermeister Dr. Grunewald lehnte dieses Anstreben ab und erklärte, der Kontrollausschuss sei eine ungeeignete Einrichtung. In der Bürgerschaft ist man über das Auftreten Hilligs empört, denn viele, die ihre Sympathie für den Kontrollausschuss seinerzeit unterschriftlich erklärt haben, machen jetzt bekannt, daß sie durch die Kommunisten unter falschen Vorwiegungen zur Unterschrift verleitet worden seien.

Brizlitz. Ein junger im Wiederaufbaugebiet bei Aras beschäftigter Büroangestellter aus Altenburg in Thüringen, der in seine Heimat verlief, dothil unterwegs war, wurde Mittwoch abends während eines längeren Aufenthaltes von einem gleichfalls hier eingetroffenen Kollegen aus dem Wiederaufbaugebiet in die Nähe der Heiligen Brücke auf dem Ziegelweg gelockt und dort mit heftigen Faustschlägen auf Kopf und Bein überfallen, so daß er bewußtlos zusammenbrach. Als er wieder zu sich kam, fand er einen Strumpf um seinen Hals gewickelt und sich selbst bis aufs Hemd entkleidet. Außer den Kleidungsstücken ist den Räubern eine Beistagszeit mit 8000 französischen Franken und etwa 7000 Mark in deutschem Papiergeld in die Hände gefallen.

Frankenberg. Fabrikant August Rittermann in Paderborn (N.T.), der bekannte Wohltäter und Ehrenbürger seiner Vaterstadt Frankenberg, hat wiederum einen Betrag von über 2 Millionen Mark zwecks Verteilung an bedürftige Kleinrentner oder Sozialrentner und an sonstige unverschuldet in Not geratene Einwohner, sowie zur Milchverbilligung für Säuglinge und Kränke und zur Beschaffung von Bekleidungsstücken für arme Schulkinder der Stadtgemeinde bzw. der Volksschulleitung zur Verfügung gestellt.

Chemnitz. Laut Ratsbeschluss wird der Straßenbahnpark ab 7. Januar auf 100 M. für die Einzelfahrt und der Strompreis für elektrisches Licht von 100 auf 160 M. die Kilowattstunde im Dezember erhöht.

Meerane. Die Arbeiterschaft der sächsischen Segeltuchindustrie, G. m. b. H., hat sich entschlossen, täglich den Lohn einer Stunde in den Dienst der Not hilfe zu stellen, und zwar arbeitet sie eine halbe Stunde länger, sobald nur eine halbe Stunde von dem tatsächlichen Tagesverdienst fortfällt und eine halbe Stunde eine reine Hilfs-

dem Versäwinden der beiden hatte er es nicht gewagt, eine Andeutung zu machen, oder eine Frage zu stellen. Bei der letzten Streitung der ganzen Sache nahmen Herrn Werner's Hände wieder den Ausdruck tiefer Verschlossenheit an und nie entfuhr ihm auch nur ein leicht andeutender Hinweis.

Aber da war nie ein Totenschein Juttas gekommen. Das wußte Mirbach, denn einmal hätte er dieses Dokument bei der Regelung einer kleinen Erbschaft, welche er und Jutta machen benötigt. Als er den Schein von Juttas verlangte, konnte sein Schwager ihm das Papier nicht geben. Er möchte alle möglichen Ausflüchte, denen man sofort die Unwahrheit anhört. Aber das Papier kam nicht zum Vorschein.

Mirbach war überzeugt, daß Hugo Mahr bestimmt wußte. Wie um den Mittelpunkt eines Kreises, so drehten alle seine Gedanken sich immer wieder um den einzigsten Genossen. Unwillkürlich ballte er die mageren Finger um seinen kleinen Spazierstock. Ein starker Haß wallte auf in ihm gegen denjenigen, der immer wieder lächelnd oder hemmend in sein eigenes Leben trat.

Er hatte dem Menschen gewöhnt der Großstadt entfliehen wollen und war ziemlich weit hinausgewandert gegen die Höhenzüge des Kahlengebirges zu. So weit war er eingespannen in seine grübelnden Gedanken, daß er gar nicht auf seine Umgebung achtete. Erst als er vor dem Gitter eines sehr ansehnlichen Besitzes stand, blickte er auf. Da war gerade eine Eingangspforte in der Mauer, die das Anwesen umgab. Neben dem Eingang stand ein kleiner, blankes Messingsschildchen.

„Alexander Graf von Sassen.“

Grafen, Sassen? Mirbach stand grübelnd vor dem Eingang. Wo war ihm nur der Name in den letzten Tagen genannt worden? O — jetzt wußte er es. Bei diesem Grafen Sassen war Hedwig als Erzieherin, bis sie auch von hier durch einen anonymen Brief verdrängt wurde.

(Fortsetzung folgt.)

Drucksachen für Gemeindebehörden druckt Carl Jehne.

arbeit darstellt. Die Werksleitung stiftet den gleichen Betrag, wie die Arbeiter und Angestellten. Von dem Gelde sollen täglich über 120 bedürftige Personen ein kräftiges Mittagessen erhalten.

Begau. Ein betrübender Unfall ereignete sich im Zehnschen Grundstück des benachbarten Carsdorfs. Beim Einfahren eines mit Kohlen beladenen Wagens in die Scheune wurde der oben auf den Rahmen stehende 12- bis 13jährige Sohn Kurt des Besitzers von einem Tragballen darunter eingeklemmt, doch der Tod sofort eintrat.

Bautzen. Nach dem Stande vom 1. Dezember d. J. waren im Bezirk der Amtshauptmannschaft Bautzen bereits 90 Alttotgäste einverlebt und nur bei 35 schwedten die Verhandlungen noch.

Letzte Nachrichten

Der angebliche neue französische Reparationsplan.

Wie die "D. T. L." aus gutunterrichteten politischen Kreisen erfährt, soll der Plan der französischen Regierung für die Pariser Konferenz bereits vollständig fertiggestellt sein. Darnach will Frankreich Deutschland ein zweijähriges Moratorium gewähren, jedoch nur unter folgenden Bedingungen: 1. Unterwerfung unter eine vollkommene Ententefinanzkontrolle. 2. Ausführung aller der deutschen Regierung auferlegten Finanzreformen. 3. Ausgabe einer inneren Goldanleihe zur Stabilisierung der Mark. 4. Beschagnahme der staatlichen Bergwerke, Forsten und der Zollneinahmen als Pfänder. Falls die deutsche Regierung diese Bedingungen annehmen und durchführen sollte, werde Frankreich bereit sein, auf die Besetzung des Ruhrgebietes zu verzichten. Frankreich behält aber das Recht, das Ruhrgebiet zu besetzen, wirtschaftliche Zwangsmassnahmen zu ergreifen, wenn Deutschland nicht eine der vorstehenden Bedingungen einhält. Wie verlautet, hat Frankreich für diesen Plan bereits Belgien und Italien gewonnen, da der ganze Gedanke auf die Londoner Anregungen Mußolins zurückgreift. Dagegen steht die Zustimmung Englands noch aus. Frankreich verlangt ferner auch die Rückziehung der deutschen Zölle im besetzten Gebiet, doch hat es dazu die Zustimmung aus Rom und Brüssel noch nicht erhalten.

Baldwins Amerikareise.

Berlin. Über die Reise des englischen Schatzanzlers Baldwin nach Washington verlautet, daß Baldwin am 3. Januar zunächst den Präsidenten Harding über die Ergebnisse der Londoner Konferenz unterrichten wird. Baldwin werde dann folgende Vorschläge bezüglich der englischen Schulden in Amerika machen: Großbritannien sei gewillt, die deutschen Bonds der Serie C anzunehmen, aber unter der Bedingung, daß Frankreich keine weiteren deutschen Territorien besetzt, es einem langfristigen Moratorium zustimmt und die endgültige Festsitzung der deutschen Schulden auf eine vernünftige Summe einnimmt. Baldwin hofft, daß Amerika für die englischen Schulden einen Zinsfuß von 2 bis 3 v. H. zugesteht. Die englischen Schulden werden in 40 Jahreszahlungen zwischen 25 und 35 Millionen Pfund Sterling rückzahlbar sein.

Sitzung des Bezirksausschusses zu Dippoldiswalde

Die am 21. Dezember im Sitzungssaal der Amtshauptmannschaft stattgefandene 18. diesjährige öffentliche Sitzung des Bezirksausschusses, deren Tagesordnung insgesamt 40 Punkte umfaßte, wurde vom Amtshauptmann v. d. Planitz mit begrüßenden Worten eröffnet. Entschuldigt fehlten wegen Unpässlichkeit bzw. dienstlicher Behinderung Dekonometrat Welde-Oberhäslich und Stadtrat Röcke-Altenberg. Der Vorsitzende gab zunächst eine Einladung zur Weihnachtsfeier im hiesigen Wettinger am 23. d. M. sowie weiter bekannt, daß der Bezirksverbund Dippoldiswalde des Landbundes wegen der Vorkommnisse in der letzten Bezirksauschusssitzung bei der Amtshauptmannschaft vorstellig geworden sei. Infolge Abwesenheit des Dekonometraten Welde solle diese Angelegenheit in der nächsten Sitzung besprochen werden. Es wurde vom Vorsitzenden ferner noch erwähnt, daß er auf der gestrigen Tagung des Landwirtschaftlichen Kreisverbands in Dresden erfahren habe, daß der Antrag des Kommunalverbandes auf eine wesentliche Herabsetzung der Bezirksumlage wegen der Miherne in den höheren Gebirgslagen nun doch noch Aussicht auf Erfolg haben werde. Sobald nädere Anweisungen der Reichsgesetzestelle bekannt würden, würde die Amtshauptmannschaft mit größter Beleidigung eine Neuverteilung der Umlage in den Gebirgsorten herbeiführen, sodass hoffentlich alle berechtigten Wünsche erfüllt werden könnten. Nach Eintritt in die Tagesordnung genehmigte der Bezirksausschuß die von der Amtshauptmannschaft mit Bekanntmachung vom 1. d. M. getroffene Neuregelung der Mehlpfennig- und Brotpreise, nahm Kenntnis von zwei die Brotverförderung betreffenden Verordnungen und stimmte den Vorschlägen der Amtshauptmannschaft über die Verteilung der anderweit aus Staats- und Reichsmitteln gewährten Kleinrentnerbeihilfen mit der Maßgabe zu, daß Bezirk und Gemeinden zu dem Gesamtbetrag von 244 000 M. einen Zuschuß von zusammen 104 570 M. gemäßten, sodass im Bezirk eine Summe von 348 570 M. zur Verteilung gelangt. Hierzu tritt noch der Anteil, der auf die Stadt Dippoldiswalde entfällt. Die Auschüttung der Beihilfe soll mit größerer Beleidigung vorgenommen werden. Überdies gelangen die aus Staats- und Reichsmitteln für die Kleinrentner zur Verfügung gestellten Lebensmittelmengen sofort nach Eingang zur Weiterverteilung. Sodann fanden Genehmigung die die Gesetzlichkeit der Gemeindeabstimmungen in sich schließende Geschäftsordnung für den Gemeinderat zu Nossau, die Nachträge zur Gemeindesteuerordnung für Saida (Zulag zur Stützungsgrund- und Gewerbesteuer dtr.), der die Erhöhung der Hundesteuer betr. 7. Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung für Wendisch-schöndorf (schlechter unter der Voraussetzung der nachträglichen Annahme des Entwurfs der Amtshauptmannschaft), die von den Gemeinden Kreischa und Börnchen v. d. beschlossene Erhöhung der Gemeindeabstöße zur Wohnungsbauabgabe, hinsichtlich des letzteren Ortes vorbehaltlich der Aufstellung und Einreihung eines entsprechenden Nachtrags zur Gemeindesteuerordnung, der 1. Nachtrag zum Ortsgefege der Gemeinde Kreischa über die Erhöhung einer Feuerabshöhe abgabe, ferner die von den Sparkassen Lauenstein, Nossau, Reichenberg, Reinhardtsgrima und Schmiedeberg beschlossene Erhöhung des Einlagen-Zinstusses (soweit dies noch nicht geschehen ist, ist noch ein entsprechender Nachtrag zur Sparkassenordnung einzurichten) und die von der Revierverwaltung Reichenberg beantragte Vereinigung der Stantsforstlichen Flurfläche Nr. 678-715 des Flurbuchs für Schellerhaus (ormalige Schönfelder Erbgerichts-Grundstücke) mit dem selbständigen Gutsbezirk des Stantsforstreviers Reichenberg, schließlich die durch das Auscheiden der Lehnsmühle und des Lehngutes Reichenberg bedingte Auflösung des Gemeindeverbands Ortsamtsverband Hennersdorf und die von der Stadtgemeinde Frauenstein sowie dem Gas- und Elektrizitätsversorgungsverband Altenberg-Wilsig-Lauenstein beabsichtigte Aufnahme illegitimer Dorflehen zur Deckung von Bau- und Wasserleitungskosten usw. bzw. des durch den Ausbau des Stromleitungsnetzes entstandenen Aufwandes. Das Gefüge der Gemeinde Nossau um Befreiung von der Verpflichtung zur Einführung des Reichsmittelgesetzes beschloß man befürwortend der Kreishauptmannschaft vorzulegen, während einem weiteren Besuch der Gemeinde Niederpöbel um Genehmigungserteilung zur Einführung jenes Reichsgesetzes aus den von der Amtshauptmannschaft dargelegten

Gründen die Befürwortung versucht bleiben soll. Die sich infolge Ablebens einiger Schäfer in Viehseuchenfällen erforderlich machen den Ergänzungswahlen wurden nach den Vorschlägen der Amtshauptmannschaft vorgenommen. Die infolge Ablaufs der Wahl dauern aus dem Plegeausschuß des Wohlhaberpflegebezirks Dippoldiswalde-Land austretenden Mitglieder sollen der Bezirksversammlung zur Wiederwahl vorgeschlagen werden. Nach

15. d. M. veröffentlichten Neufeststellung der Höchstpreise für Milch und Milcherzeugnisse wurden gegen jene Bekanntmachung wesentliche Einwendungen nicht erhoben.

Mit der Wiedererhebung des Krieges von der Amtshauptmannschaft erlassenen Verbots des freien Umherlaufenlassens von Hunden auf Feldern usw. wird, weil durch anderweite gesetzliche Bestimmungen gegenstandslos geworden, Einverständnis erklärt. Die Jäsen der Freiberg-von-Perglas-Stiftung und der Perutz-Stiftung sollen an die vorgeschlagenen Bedürftigen aus den Orten Berreuth bzw. Georgenthal verteilt werden. Den weiteren Vorschlägen der Amtshauptmannschaft hinsichtlich Bezirkssteuererhebung und Verteilung von Zuweisungen aus dem staatlichen Ausgleichsstock wurde ebenfalls zugestimmt. Darnach ermöglicht es die Finanzlage des Bezirks, wie den Gemeinden bereits bekannt gegeben wurde, die Erhebung der restlichen Bezirkssteuer gegenüber der seinerzeit von der Bezirksversammlung erteilten Erhöhung etwas einzuschränken. Für die Verteilung aus dem staatlichen Ausgleichsstock sind in der Haupstrecke die vom Ministerium des Innern aufgestellten Richtlinien maßgebend, der Amtshauptmannschaft mit dem Bezirksausschuß ist jedoch Ausgleichsmöglichkeit bis zu 33 1/3% gegeben. Hierzu wird in verschiedenen Fällen Gebrauch gemacht. Bewilligt werden hierauf noch die Gesuche des Gasthofbesitzers Schmieder-Malter (Lalsperre) um Ausdehnung seiner Schankbefugnis auf den neuerrichteten Saalanbau, des Kalkwerkstellers Karl Otto Lohse in Hermendorf i. S. um Erlaubnis zur Ausübung der Gastwirtschaft einschließlich Branntwein-Schank sowie zum Ausspannen und Krippensingen in dem hinsichtlich der Stallung und der Abortanlagen noch baufällig zu verfestigenden Grundstück Ortslage Nr. 693 in Reichenau (Lebertragsung) und des Gasthofspächters Paul Georg Weber in Possendorf um Erlaubnis zur Ausübung des Gastwirtschaftsrechts einschl. Branntwein-Schank und der persönlichen Befugnis zum Tanzmaulholten, Ausspannen und Krippensingen sowie Beherbergen usw. und zur Veranstaltung von Singspielen in bzw. vor dem Grundstück Ortslage Nr. 78 in Possendorf (Lebertragsung), während ein weiteres Gefüch des Turn- und Sportvereins Possendorf-Wilsendorf um Erteilung der Erlaubnis zur Ausübung des Schanks durch den vorgenannten Gasthofspächter in der von genannten Turnverein in Possendorf neuerrichteten Turnhalle bzw. auf dem sich an leichte anschließen den Sportplatz (Neukonversion) mangels Bedürfnisses mit der Maßgabe abgelehnt wurde, daß auf Antrag von Hall zu Fall für Veranstaltungen in der Halle und auf dem Sportplatz Schrankenlaubnis erteilt werden soll. Der Bezirksausschuß bewilligt sodann einer Beiziegelesefeste unter der Voraussetzung aus Bezirksmitteln eine Unterstützung, daß ihr die betr. Gemeinde eine gleichhohe Barunterstützung gewährt. Weitere solche Mittel wurden zur Hebung der Kindheit zu durch Auszeichnung der jährlich gehörten besten Bullen zur Verfügung gestellt, das Gefüch eines in einem Nachbarorte wohnhaften Schülers der landwirtschaftlichen Abteilung der hiesigen Handelschule um eine Beiziegelesehilfe zu den Kosten jenes Schulbesuchs aber im Mangel ausreichender Bedürftigkeit abgelehnt. Endlich wurde dem Kleinkreuzerzverein Glashütte anlässlich seiner demnächstigen Ausstellung auf Ansuchen ein Bezirkspreis gestiftet. Zum Schlus wurde in einer das Wetinstift best. Vergnügs-Angelegenheit Entschließung gefasst und auf Anregung aus der Mitte des Bezirksausschusses aus Gründen der Geschäftsviereinfachung bestimmt, daß Pfennigbeträge bei der Kassen- und Rechnungsführung des Bezirks unter Ab-

bzw. Ausfindung auf volle Markbeträge künstlich weggeschafft werden sollen. Ferner wurde mit der vom Bezirksverein der Heimbürginnen beantragten Erhöhung der Gebührensätze im allgemeinen Einverständnis erklärt und den von einer Amtshauptmannschaft eingeleiteten Schritten wegen Erhöhung der den Mitgliedern der Bezirksausschüsse und der Bezirksversammlungen zukehrenden Entschädigung zuzustimmen beschlossen. Vom Vorsitzenden wurde noch der erfreulichen Tatsache gedacht, daß sich in Groß- und Kleindorf eine 40 Mann starke und wie die Prüfung ergeben hat, leistungsfähige Freiwillige Feuerwehr gebildet habe und daß die dadurch erwachsene Kosten in der Haupstrecke durch freiwillige Beiträge der Industriebetriebe beider Orte ausgebracht werden seien. Mit den besten Wünschen für die Festtage schloß hierauf der Vorsitzende diese leichte Sitzung des Bezirksausschusses im alten Jahre.

Kirchen-Nachrichten

4. Advent Sonntag den 24. Dezember 1922.
(Heiliger Abend.)

Dippoldiswalde. 8 Uhr Beichte und heiliges Abendmahl: Pfarrer Mojen. 9 Uhr Predigtgottesdienst: Sup. Michael. 5 Uhr Christvesper (Texte in der Kirche): Sup. Michael. (Kirchenmusik: Pastorale von Joh. Sebastian Bach, für Orgel: "Der Hirten Weingesang", Duett für 2 Knaben, von Franziska Nagler; Christkindlein Bergfahrt", für Stimmlinge Chor, von Carl Niedel.)

Hennersdorf. 5 Uhr Predigtgottesdienst (Christvesper).

Schönfeld. 5 Uhr Predigtgottesdienst (Christvesper): Kantor Preßler.

Johnsbach. 4 Uhr Weihnachtkindergottesdienst, zugleich für Erwachsene.

Kreischa. 8 Uhr Beichte und Feier des heiligen Abendmahls. 9 Uhr Predigtgottesdienst. 3 Uhr Taufgottesdienst. 5 Uhr Christvesper.

Oelsa. 9 Uhr Predigtgottesdienst. 5 Uhr Christmette.

Possendorf. 9 Uhr Beichte und Abendmahlfeier: Pfarrer Vorwerk. 9 Uhr Predigtgottesdienst: Pfarrer Radler. 5 Uhr Christvesper: Pfarrer Vorwerk.

Reinhardtsgrima. 9 Uhr Abendmahlsgottesdienst. 5 Uhr Christvesper.

Reichstädt. 4 Uhr Christvesper mit Krippenspiel für alt und jung.

Ruppendorf. 9 Uhr Beichte und Feier des heiligen Abendmahls: Pfarrer Herz.

Säiditz. 9 Uhr Abendmahlsgottesdienst. 1/2 5 Uhr Christnachtfeier.

Schellerhau. 1/2 6 Uhr Christvesper.

Schmiedeberg. 9 Uhr Abendmahlfeier: Pfarrer Friedrich.

4 Uhr Christvesper. (Kirchenmusik: Pfarrsänger: Pastorale "Stille Nacht" für Orgel. Chor: a) "Es ist ein Kind entsprungen"; b) Weihnachtssantate für Solo, Chor und Orgel von Oldříš;

c) "Kommet, ihr Hirten" von Carl Niedel.

Selbersdorf. 9 Uhr Kindergottesdienst. 1/2 6 Uhr Christvesper.

Baptistengemeinde Schmiedeberg (Villa Ida). Jeden Sonntag 9 1/2 Uhr Gottesdienst. 10 1/2 Uhr Sonntagsschule. 4 1/2 Uhr Gottesdienst. — Jeden Donnerstag 7 1/2 Uhr Bibelstunde.

Weihnachtsgeschenke.

24. Dez.: Wolken, milde.

25. Dez.: Wolken, vielfach nashalt, teils trübe.

26. Dez.: Wenig verändert.

27. Dez.: Veränderlich, milde, stürmisches oder stark windig.

28. Dez.: kaum verändert.

29. Dez.: Wolken, strichweise Niederschlag.

30. Dez.: Veränderlich, Niederschläge, Wind, milde.

Wettervorhersage.

1. Weihnachtstag

Schützenhaus Dippoldiswalde

öffentlicher Unterhaltungsabend

mit darauffolgendem Ball

veranstaltet vom Turnverein "Frisch auf".

Programme im Vorort bei den Herren Eril, Böhme und Stephan.

Unt. 6 1/2 Uhr. Eintritt 5 Uhr. Zahlreicher nicht entgangen.

2. Weihnachtstag

3. Weihnachtstag

4. Weihnachtstag

5. Weihnachtstag

6. Weihnachtstag

7. Weihnachtstag

8. Weihnachtstag

9. Weihnachtstag

10. Weihnachtstag

11. Weihnachtstag

12. Weihnachtstag

13. Weihnachtstag

14. Weihnachtstag

15. Weihnachtstag

16. Weihnachtstag

17. Weihnachtstag

18. Weihnachtstag

19. Weihnachtstag

20. Weihnachtstag

21. Weihnachtstag

22. Weihnachtstag

23. Weihnachtstag

24. Weihnachtstag

25. Weihnachtstag

26. Weihnachtstag

27. Weihnachtstag

28. Weihnachtstag

29. Weihnachtstag

30. Weihnachtstag

31. Weihnachtstag

32. Weihnachtstag

33. Weihnachtstag

34. Weihnachtstag

35. Weihnachtstag

36. Weihnachtstag

37. Weihnachtstag

38. Weihnachtstag

39. Weihnachtstag

40. Weihnachtstag

41. Weihnachtstag

42. Weihnachtstag

43. Weihnachtstag